

Ökostrom und Kniefall der Grünen

100 % Ökostrom im neuen Stromliefervertrag der Stadt – das ist die Forderung von AUF. Die Grünen dagegen legen inzwischen den Rückwärtsgang ein: Sie wollen sich mit einer Erhöhung von bisher 40 % auf 50 % Ökostrom-anteil zufrieden geben – nach dem sie vorher 75 % gefordert hatten. Für seine Anpassung an den Verwaltungsvorschlag hatte Herr Meierski/Grüne eine typische Rechtfertigungsstrategie: **„Das Machbare mit diesen Machtverhältnissen zu machen“**. Wo bleibt die Vision, Herr Meierski? Sich mit den gegebenen Machtverhältnissen zu arrangieren - das heißt doch: Kniefall vor der Macht und der Profitgier der Energie monopol. Da kann man gleich Schwarz-Gelb wählen. Ein Kampf gegen Umwelt- und Klimazerstörung ist mit dieser Haltung nicht zu führen!

Zitat von den Grünen

„Es ist völlig egal in welcher Form, gegen diese (Castor-)Transporte sollten Grüne in keiner Form demonstrieren.“ (J. Trittin, Grüner Umweltminister im ZDF Januar 2001)



Graffiti-Wettbewerb auf dem 15. Internationalen Pfingstjugendtreffen 2011

Jede Menge Gründe, bei AUF mitzumachen

- Ich interessiere mich für AUF
- Ich möchte besucht werden
- Ich möchte Mitglied bei AUF werden
- Ich möchte für AUF spenden

Meine Anschrift:

Name, Vorname

PLZ/Ort

Tel:.....

Coupon ausgefüllt auf eine Postkarte kleben oder in einem Umschlag schicken an: AUF Büro West Schmalhorstr. 1c, 45899 Gelsenkirchen.

Alles „Öko“ – oder was?

Landauf, landab nur noch Umwelt-schützer. Ob Angela Merkel, RWE oder E.on – alle sind besorgt um Klima und Umwelt und geben sich grün geläutert. BP erfand für sich schon vor einigen Jahren die grüne Öko-Sonne als Markenzeichen. Der Atomkonzern Vattenfall wirbt nur noch mit Windenergie. Die Stadt Gelsenkirchen will sich nun über die ELE an der Firma „Green GECCO GmbH“ beteiligen, deren Mehrheitseigentümer der Atomstromkonzern RWE ist. „Greenwashing“ (sich grün waschen) nennt man das. Die Umweltwölfe im grünen Schafspelz machen aber tatsächlich nur Umweltschutz, wenn es Gewinn bringt, subventioniert wird und werbewirksam ist. Lassen wir uns nicht täuschen!

AUF Büro-West:

Günter Wagner, Schmalhorstr. 1c, 45899 Gelsenkirchen, 3193921, jeder 3. Mittwoch im Monat, AUF-Cafe von 16.30 – 18.30 Uhr

AUF Bezirk-Ost:

Georg Opretzka, Mittelstr. 28, 45891 Gelsenkirchen, Tel.: 771251

AUF Bezirk-Nord:

Ingrid Lettmann, Arndtstraße 21a, Hassel, Tel.: 6049842

AUF Bezirk-Mitte:

Wilma Mittelbach, Hauptstr. 40, 45879 Gelsenkirchen, jeder 3. Mittwoch im Monat, AUF-Cafe ab 16.00 Uhr, Frauentreff

Bezirk-Süd:

Elke Tunkel, Schulz-Briesen-Str. 3, 45884 Gelsenkirchen, Tel.: 13 56 57, Spendenkonto: 101 139586, Sparkasse Gelsenkirchen, BLZ 420 500 01

V.i.S.d.P. Manuela Reichmann, Grabbestr. 7-9, 45899 Gelsenkirchen

Nein zur Norderweiterung von BP – für einen wirksamen Klimaschutz



Seit Jahren nutzt BP das Gebiet in Scholven an der Ulfkotter Str. als Werksgelände. Nun soll diese Fläche „Norderweiterung“ von BP mit Vernichtung von 60 ha Freifläche be-reits eine klimatische Verschiebung bedeuten, wird mit keinem Wort für die Norderweiterung genannt?

Arbeitsplätze? Nein!

Ende 2008 wurde beschlossen, 340 der 2.100 Arbeitsplätze zu vernichten. Im März wurde der Abbau von 410 Stellen angekündigt.

Standortsicherung? Nein!

BP selbst sagt, es gäbe zurzeit keine Pläne und Notwendigkeit zur Erweiterung des Werkes.

Nutzen für die Stadt? Nein!

Das ganze Vorhaben dient ausschließlich der Begünstigung von BP. Trotz-dem unterwirft sich die Stadt vollständig den Forderungen von BP und macht einen Kniefall. Öffentliches Interesse? Nein! Öffentliches Interesse wäre etwa die Schaffung von Arbeitsplätzen, Wohnraum oder Erholungsflächen. Der Beirat der Unteren Landschaftsbehörde stimmte bereits zweimal wegen der Naturzerstörung gegen den Bebauungsplan. Dies mit der Begründung, das kein öffentliches Interesse vorliegt, sondern lediglich ein Vermarktungsinteresse von BP (sprich Allein 40 ha. landwirtschaftlich umgewandelt.

Baugenehmigung? Nein!

Ein Großteil des Geländes ist bereits seit langem bebaut mit Straßen, Parkplätzen, Containerbauten. Jeder Bürger, der seinen Müll in die Landschaft schmeißt, wird zu Recht belangt. BP jedoch erhält eine „Ausnahmegenehmigung“ für Naturzerstörung - und das alles in einem Landschaftsschutzgebiet. Auf die Anfrage von AUF im Ausschuss teilte die Verwaltung mit, dass ganze Vorhaben dient ausschließlich der Begünstigung von BP die Containern zurückbauen – das heißt, bis dahin wird auch keine Werksverweiterung durchgeführt, lediglich die ansässigen Fremdfirmen verbleiben. Für sie wäre z.B. Platz auf der Kokerei Has-sel.

Klimaschutz berücksichtigt? Nein!

Im Klimaschutzkonzept der Stadt, welches nun im Rat verabschiedet werden soll, ist die Norderweiterung ungsplan. Dies mit der Begründung, mit keinem Wort erwähnt.

Über 200 Einwendungen von Bürgern und die vor Ort tätige Bürgerinitiative drücken den Widerstand gegen das Projekt aus. Das machte eine zweite



Wir fordern: klimagerechter Rückbau der Fläche auf Kosten von BP und Durchsetzung echter Klimaschutzmaßnahmen.

Notwendig ist ein gemeinsames Vor-gehen.

Offenlage erforderlich. Der BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz) hat sich im Verfahren klar gegen das Projekt ausgesprochen. Im Rat stimmen AUF und die GRÜNEN dagegen. Was aber passiert nun? Im öffentlichen Verfahren wird jeder Einwand von der Verwaltung beurteilt und ab-gewogen. Im Dezember will der Rat abschließend entscheiden. Das zeigt: Die bisherigen Aktivitäten allein werden das Vorhaben nicht verhindern. Notwendig ist ein gemeinsames Vor-gehen.

